



Inhalt

dbb bundesfrauenkongress 2026

[Geyer: „Werden uns gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes wehren“ – Kreutz als Chefin der dbb frauen wiedergewählt](#)

Gespräch mit SPD-Generalsekretär

[Geyer zur Rentenkommission: Rückkehr zur sachlichen Debatte überfällig](#)

Gespräch mit Britta Haßelmann

[Öffentlicher Dienst: Gewalt gegen Beschäftigte erfordert schnelle Reaktion](#)

Einkommensrunde Dataport

[Tarifabschluss erzielt: Verbesserungen für Beschäftigte](#)

dbb frauen

[Digitale Gewalt gegen Frauen bedroht politische Teilhabe](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Besoldungsanpassung: Abgeordnete sollen Verzögerung nicht zustimmen](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Besoldungsanpassung auf den Weg gebracht](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Schulbarometer zeigt psychische Belastung von Kindern](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



dbb bundesfrauenkongress 2026

Geyer: „Werden uns gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes wehren“

Wer an der Gleichstellung von Frauen und Männern sägt, schadet der Demokratie. Jetzt geht es darum, gemeinsam Ungleichheiten zu bekämpfen.

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist kein Nebenthema. Sie ist Kernbestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wo Frauenrechte geschwächt werden, wird am Fundament der Demokratie gerüttelt“, betonte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer auf dem 13. dbb bundesfrauenkongress am 20. März 2026 in Berlin. Zurzeit werden Frauenrechte wieder offen angegriffen und als verhandelbar dargestellt. „Dahinter steckt ein rückwärtsgewandtes Rollenbild, das mit einer modernen, offenen Gesellschaft nichts zu tun hat. Gerade die Ewiggestrigen vom rechten Rand versuchen, Gleichstellung als ideologisches Projekt abzutun“, erklärte Geyer. „Diese reaktionären Vorstellungen sind mit unserem Grundgesetz und mit der höchst-richterlichen Rechtsprechung der vergangenen Jahrzehnte nicht vereinbar. Wir werden uns mit allem, was wir haben, gegen eine Aushöhlung unserer Grundrechte zur Wehr setzen.“

Geyer weiter: „Faire Karrierechancen, echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, transparente Auswahlverfahren, Führung in Teilzeit und Entgeltgleichheit: Das sind zentrale Fragen von Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit.“ Gerade der öffentliche Dienst müsse hier Vorbild sein. „Wir stehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, deshalb müssen wir auch im öffentlichen Dienst für Chancengleichheit sorgen.“

Der Kongress steht dieses Jahr unter dem Motto „Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie“. Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb-Bundesvorsitzende, erklärte: „Der Titel ist keine rhetorische Zuspitzung, es ist eine Zustandsbeschreibung. Wir stehen an einem Punkt, an dem sich entscheidet, ob unsere Demokratie den Anspruch auf Gleichstellung ernst nimmt oder einen unzureichenden Status Quo aufrechterhält.“ Es gehe um den Zugang zu Macht, um Frauen zu motivieren den nächsten Schritt zu gehen und um die Zukunft unserer demokratischen Ordnung. „Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie die Lebensrealitäten der Menschen widerspiegelt. Aber gerade dort, wo grundlegende Entscheidungen getroffen werden, sind sie nicht ausreichend vertreten“, kritisierte die dbb frauen-Chefin.

Geschlechtergerechte politische Repräsentanz sei kein Selbstzweck, hob Kreutz hervor. „Sie verbessert die Qualität politischer Entscheidungen. Sie stärkt die Legitimität demokratischer Institutionen und sie stabilisiert unsere Gesellschaft.“ Gleichstellung sei aber keine Aufgabe der Frauen allein - sie brauche Männer als Verbündete. dbb-Vize Kreutz stellte klar: „Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass Geschlechtergerechtigkeit Verluste für Männer bedeutet. Sie ist keine Frage von Verlusten, sondern des gemeinsamen Gewinns.“

Zu Beginn des 13. dbb bundesfrauenkongress haben die Delegierten der dbb bundesfrauenvertretung ihre Geschäftsführung für die nächsten fünf Jahre neu gewählt. Milanie Kreutz wurde als Vorsitzende der Geschäftsführung bestätigt. Kreutz ist seit 2020 Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und seit 2022 stellv. dbb-Bundesvorsitzende. Ihre Heimatgewerkschaft ist die Deutsche Steuer-gewerkschaft (DSTG), bei der sie von 2012 bis 2020 Bundesfrauenvertreterin war. Sie bedankte sich bei den Delegierten für ihr Vertrauen und betonte: „Wir haben viel erreicht und ich werde mich weiterhin unermüdlich für die Frauen im öffentlichen Dienst einsetzen.“

Neue stellv. Vorsitzende ist Tanja Küsgens (Verband Bildung und Erziehung - VBE). Küsgens wurde 2021 bereits zur Beisitzerin in die Geschäftsführung gewählt. Sie löst damit Michaela Neersen ab, die 2020 zunächst zur Beisitzerin, ab 2021 dann zur stellv. Vorsitzenden gewählt wurde. Neersen war nicht erneut zur Wahl angetreten.

Als neue Beisitzerinnen wurden Valentina van Dornick (komba gewerkschaft), Sandra Schäfer (Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband - BLLV) und Martina Scherer (Deutscher Philologenverband - DPhV) in die Geschäftsführung gewählt. Synnöve Nüchter (komba gewerkschaft), seit 2020 Beisitzerin der Geschäftsführung, bleibt im Amt. Van Dornick, Schäfer und Scherer treten die Nachfolge von Elke Janßen und Sabine Wendt an; zudem wurde die bisherige Beisitzerin Tanja Küsgens zur stellv. Vorsitzenden gewählt. Janßen und Wendt waren nicht mehr zur Wahl angetreten.



Gespräch mit SPD-Generalsekretär

Geyer zur Rentenkommission: Rückkehr zur sachlichen Debatte überfällig

Im Sommer will die Rentenkommission der Bundesregierung ihre Vorschläge zur Alterssicherung vorstellen. dbb-Chef Volker Geyer sieht darin eine Gelegenheit zu mehr Sachlichkeit.

„Gerade in den letzten Monaten ist die Debatte über die Alterssicherungssysteme durch populistische Forderungen toxisch geworden. Ich kann nur alle Beteiligten auffordern, zu einer ernsthaften und sachlichen Debatte zurückzukehren“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende am 16. März 2026 nach einem Gespräch mit Tim Klüssendorf, dem Generalsekretär der SPD. Gerade Vorschläge von der SPD-Spitze zur Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) hatte der dbb zuletzt deutlich zurückgewiesen. „Die Einbeziehung bringt der GRV gar nichts. Im Gegenteil: Langfristig wird sie dadurch sogar belastet. Hier weichen wir keinen Millimeter zurück, denn das ist schlicht die Faktenlage“, stellte der dbb-Chef klar. „Richtig ist aber auch: Wir müssen dringend mit allen demokratischen Kräften nach vernünftigen Lösungen suchen. Denn so wie bisher kann es in der Gesetzlichen Rente nicht weitergehen. Klar ist etwa: Versicherungsfremde Leistungen wie die ‚Müt-

terrente‘ – die absolut gerechtfertigt ist – dürfen nicht alleine den Beitragszahlerinnen und -zahlern auferlegt werden, sondern müssen als gesamtgesellschaftliches Projekt aus Steuermitteln finanziert werden. Alleine dadurch wäre die GRV um Milliarden entlastet und stünde deutlich besser da. Wenn es der SPD ernsthaft um Gerechtigkeit geht, ist das der erste Schritt dorthin.“

Statt mit immer neuen Attacken das Berufsbeamtentum infrage zu stellen, müsse es endlich sachgerecht weiterentwickelt werden. Geyer: „Das Berufsbeamtentum ist eines der stärksten Argumente, dass der Staat auf dem Arbeitsmarkt noch hat – und der Wettbewerb um die Nachwuchskräfte wird härter. Nicht zuletzt sind die Kolleginnen und Kollegen, die alle einen Eid auf das Grundgesetz geleistet haben, ein Bollwerk gegen Extremismus. Deshalb muss das Berufsbeamtentum gestärkt, nicht geschwächt werden.“

Gespräch mit Britta Haßelmann

Öffentlicher Dienst: Gewalt gegen Beschäftigte erfordert schnelle Reaktion

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes spüren den Frust der Bevölkerung sehr direkt, wenn der Staat nicht funktioniert. Übergriffe müssen schnell Konsequenzen haben.

„Die Bürgerinnen und Bürger erleben zunehmend, dass staatliche Daseinsvorsorge nicht mehr verlässlich ist. Bildung, Sicherheit, Gesundheit oder Verkehr sind nur einige Beispiele dafür. Personal fehlt, Digitalisierung wird verschleppt und trotzdem kommen ständig neue Aufgaben hinzu. Die Kolleginnen und Kollegen halten das Land durch ihren unermüdlichen Einsatz am Laufen. Obwohl sie für politische Fehlentscheidungen natürlich nicht verantwortlich sind, bekommen sie dabei den Frust der Menschen im Land zu spüren. Neben verbalen Ausfällen sind fast täglich irgendwo im Land tätliche Übergriffe zu verzeichnen“, erklärte dbb-Chef Volker Geyer im Gespräch mit Britta Haßelmann, Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion. „Wir erwarten, dass der Staat in solchen Fällen seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten gerecht wird.“

Nicht zuletzt muss die Justiz durch mehr Personal gestärkt werden, damit Unrecht schnell Konsequenzen hat. Das ist für das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat grundsätzlich unverzichtbar.“

Geyer bekräftigte außerdem: „Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatliche Handlungsfähigkeit und sogar die Demokratie ist dramatisch gesunken. Wenn es zurückgewonnen werden soll, ist ein funktionierender öffentlicher Dienst mit einem starken Berufsbeamtentum unerlässlich – und das beste Bollwerk gegen jeden Extremismus.“ Nicht nur deshalb seien die aktuellen Debatten um die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) absurd. „Es werden politische Debatten geführt, die letztlich das Berufsbeamtentum als Ganzes



in Frage stellen. Schlimmer noch: Die Einbeziehung würde die Probleme der Gesetzlichen Einkommensrunde Dataport

Renten überhaupt nicht lösen, sondern aufgrund steigender Kosten eher verschlimmern.“

Tarifabschluss erzielt: Verbesserungen für Beschäftigte

In der dritten Verhandlungsrunde hat sich der dbb mit der Dataport AöR auf ein Tarifiergebnis geeinigt.

„Es waren lange, aber konstruktive Verhandlungen, an deren Ende wir einen tragfähigen Kompromiss erreicht haben“, sagte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, am 20. März 2026. „Die Arbeitgeberin hat erkannt, dass bei steigenden Aufgaben auch die Einkommen mitziehen müssen. Mit dem Ergebnis kommt ein Anstieg – sowohl in der Tabelle als auch bei der Dataport-Zulage.“

Erhöhung der Entgelte: ab dem 1. März 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro monatlich; ab dem 1. Februar 2027 um weitere 2,0 Prozent; ab dem 1. Dezember 2027 um weitere 1,0 Prozent; 27 Monate Laufzeit.

Die Dataportzulage steigt linear ebenso um die vorgenannten Sätze, zudem erhöht sich diese ab dem 01.01.2026 für EG 1 – 13 um 40 Euro, für EG 14 und 15 um 20 Euro, ab dem 01.01.2027 für EG 1-9 um 40 Euro, für EG 10-13 um 45 Euro, und für EG 14 und 15 um 20 Euro.

Für die Auszubildenden konnte der dbb spürbare Ergebnisse erzielen: „Durch Preissteigerungen geraten vor allem die Auszubildenden unter finanziellen Druck. Wir begrüßen daher, bei den Verhandlungen neben Vorteilen, wie z.B. eine Erhöhung zum Zuschuss des Semes-

tertickets, sowohl eine Steigerung der Auszubildenden-Entgelte als auch eine sofortige einmalige Sonderzahlung für Nachwuchskräfte erlangen zu haben. Letztere dient zur Kompensation der durch die geopolitische Lage bedingte aktuelle Preisentwicklung.“

Hemsing weiter: „Neben den Entgelterhöhungen konnten wir zusätzliche Verbesserungen für die Beschäftigten verhandeln. Mit dem neuen Tarifvertrag erhöhen sich unter anderem die Zulagen für Schicht- und Wechsel-schicht und die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen.“

„Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Wochen auf die Straßen gegangen sind und der Arbeitgeberin ihre Empörung deutlich gemacht haben. Dank dieser Rückendeckung war der Abschluss in der Form möglich“, betonte der dbb-Vize.

Hintergrund: Für die Tarifbeschäftigten bei der Dataport gilt seit 2008 ein Haustarifvertrag mit den allgemeinen Arbeitsbedingungen und einer eigenständigen Entgelttabelle. Die Eingruppierungsregelungen sind 2013 neu geschaffen worden. Der TV Dataport hat eine vom allgemeinen Ländertarif losgelöste Entgeltordnung. Seit 2013 gilt zudem ein eigenständiges Tarifrecht für Nachwuchskräfte, Auszubildende und Dualstudierende bei Dataport.

dbb frauen

Digitale Gewalt gegen Frauen bedroht politische Teilhabe

dbb frauen-Chefin Milanie Kreutz hat gemeinsam mit anderen Teilnehmerinnen in New York über wirksame Maßnahmen gegen digitale Gewalt diskutiert.

„Wenn Frauen aus Angst vor Hass und Bedrohungen ihre Stimme im Netz zurückziehen, verliert unsere Demokratie wichtige Perspektiven“, machte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb-Bundesvorsitzende, am 13. März 2026 in New

York deutlich. „Digitale Gewalt muss entschieden bekämpft werden. Demokratie braucht Frauen – und sie braucht digitale Räume, in denen Frauen sich sicher äußern und engagieren können.“ Auf einem Panel mit dem Titel „Access to Justice in Cases of Digital Violence. Countering the Manosphere“ tauschte sich die



dbb frauen-Chefin unter anderem mit Katharina Jestaedt, Abteilungsleiterin Gleichstellung im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Verena Haisch, Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbunds, aus. „Wir brauchen Verbündete aus Politik und Justiz, um digitale Gewalt effektiv zu bekämpfen“, erklärte Kreutz.

Denn: Digitale Gewalt trifft zunehmend Frauen, die sich öffentlich engagieren und sichtbar sind. Besonders betroffen sind Politikerinnen, Aktivistinnen und Journalistinnen. „Hasskommentare, Drohungen und gezielte Diffamierungen im Netz zielen häufig darauf ab, Frauen einzuschüchtern und sie aus öffentlichen Debatten zu verdrängen. Diese Entwicklung hat nicht nur schädliche Folgen für die betroffenen Frauen, sondern auch weitreichende Folgen für demokratische Gesellschaften“, unterstrich Kreutz.

Die Diskussionen in New York zeigen, dass der Schutz vor digitaler Gewalt international stärker in den Fokus rückt. „Diese erhöhte Aufmerksamkeit müssen wir nutzen, um konkrete Maßnahmen einzuleiten“, hob Kreutz hervor. „Beispielsweise müssen wir Ermittlungsbehörden besser in die Lage versetzen, Täter im Netz zu identifizieren. Wer im Netz Straftaten wie digitale Gewalt begeht, darf sich nicht dauerhaft hinter Anonymität verstecken können.“

Wer im echten Leben versucht, andere mundtot zu machen, muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Das muss auch im Netz gelten.“ Dazu gehöre auch mehr Transparenz über die Identität von Tätern sowie eine längere Speicherung relevanter Daten.

Diese Fragen werden auch beim kommenden dbb bundesfrauenkongress unter dem Motto „Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie.“ eine zentrale Rolle spielen. Ziel ist es, mehr Frauen für politisches Engagement zu gewinnen und gleichzeitig wirksame Maßnahmen gegen Hass und Gewalt im digitalen Raum zu entwickeln.

Hintergrund: Die 70. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen findet vom 9. bis 19. März 2026 am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York statt. Auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Access to Justice in Cases of Digital Violence. Countering the Manosphere“ diskutierten Expertinnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darüber, wie Betroffene besser geschützt und Täter konsequenter zur Verantwortung gezogen werden können. Die Veranstaltung wurde unter anderem vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Deutschen Juristinnenbund sowie dem UN Women National Committee Germany organisiert.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Besoldungsanpassung: Abgeordnete sollen Verzögerung nicht zustimmen

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hat sich in einem Brandbrief an die Abgeordneten des Landtags gewandt.

„Der öffentliche Dienst hat in den vergangenen Jahren die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert und seine Kompetenz bewiesen. Ihn jetzt als Finanzierungsrücklage zu missbrauchen, schwächt nicht nur das Vertrauen der Beschäftigten in ihren Dienstherrn, es schwächt die Institution selbst“, warnte BBB-Chef Rainer Nachtigall in dem Schreiben angesichts der Absichten, Beamtinnen und Beamte in Bayern sechs Monate auf ihre Besoldungsanpassung warten zu lassen.

Es stehe schlecht um das Vertrauen der Beschäftigten in ihren Dienstherrn, so der BBB-Vorsitzende. Allein im staatlichen Bereich gehen gerade rund 63.000 Beschäftigte gegen die Höhe ihrer Besoldung vor. Sie wollen ihre Ansprüche sichern, falls sich diese als zu niedrig erweist. Von ihrem Dienstherrn können sie keine Unterstützung erwarten. Er zwingt jeden einzelnen in die Klage.



Noch im Koalitionsvertrag hatten die Regierungsparteien zugesichert, „auch weiter zu einer zeitgleichen und systemgerechten Übertragung des Tarifiergebnisses auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten, insbesondere auch auf die Anwärtinnen und Anwärter sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger“ zu stehen. Auch diese Aussage hat ihre Gültigkeit verloren.

Nun sollen die Beschäftigten im Beamtenbereich des öffentlichen Dienstes zu unausgewogenen Sonderopfern herangezogen werden. Im aktuellen Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 sind die Mittel aus der verzögerten Besoldungsanpassung bereits eingerechnet. „Das haben die Beamtinnen und Beamten im Freistaat nicht verdient“, betont Nachtigall.

„Die Besoldung ist (etwa in den letzten 15 Jahren) deutlich langsamer gestiegen als die Steuereinnahmen und die Staatsausgaben insgesamt. Im gleichen Zeitraum sind die staatlichen Aufgaben aber deutlich gewachsen und auch der Freistaat selbst hat mit einer Million zusätzlichen Einwohnern an „Verwaltungsmasse“ hinzugewonnen. Das zeigt sich nicht zuletzt am Haushaltsvolumen des Freistaats. Man könnte sagen, dementsprechend wurden in den letzten 15 Jahren rund 48.000 neue Stellen geschaffen. Allerdings im Wesentlichen nur in einzelnen Schwerpunktbereichen wie Bildung, Wissenschaft und Sicherheit. In vielen anderen Teilen der Verwaltung müssen die Beschäftigten den Aufgabenzuwachs weiterhin mit nahezu unverändertem Personalbestand bewältigen“, so ein Auszug aus dem Schreiben an die Abgeordneten.

Mecklenburg-Vorpommern Besoldungsanpassung auf den Weg gebracht

Die Landesregierung steht zum Koalitionsvertrag: Das Tarifiergebnis der Länderrunde wird zeit- und wirkungsgleich übertragen, ohne die amtsangemessene Alimentation aus den Augen zu verlieren.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben sich am 13. März 2026 mit Finanzminister Heiko Geue darauf verständigt, dass das Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Besoldung und Versorgung übertragen werden soll. Der Einigung gingen mehrere Spitzengespräche voraus. Neben der Übertragung des Tarifiergebnisses stand dabei insbesondere die Frage der amtsangemessenen Alimentation auf der Agenda. Einigkeit bestand darin, dieses Thema nicht weiter aufzuschieben, sondern noch in dieser Legislatur zu beraten. Der dbb m-v Landesvorsitzende Dietmar Knecht machte in den Gesprächen deutlich: „Das Bundesverfassungsgericht hat schließlich keine Bitte geäußert, sondern Bund und Länder verpflichtet, verfassungsgemäß zu besolden. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern“.

Das Finanzministerium hat in den Gesprächen eingeräumt, dass über die gesamte Besoldungstabelle hinweg Handlungsbedarf besteht, der haushaltsrelevant wird. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahl und noch fehlender Berechnungsgrundlagen für die notwendigen Indizes zur amtsangemessenen Alimentation soll zunächst der Tarifabschluss übertragen werden. Parallel dazu wird nun ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren auf den

Weg gebracht mit dem Ziel, noch vor der Sommerpause ein Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz zu verabschieden.

Ab April soll das Thema der verfassungsgemäßen Besoldung weiter konkretisiert werden. „Es reicht nicht, das Problem erneut auf die lange Bank zu schieben. Ziel muss sein, die Besoldungstabelle vor dem zweiten Erhöhungsschritt am 1. März 2027 grundlegend zu reparieren“, betonte Knecht.

Darüber hinaus ist beabsichtigt die die längst überfällige Novelle der Erschwerniszulagenverordnung bis zum Jahresende zu verabschieden.

Der dbb m-v wird den weiteren Gesetzgebungsprozess weiterhin eng begleiten und sich dafür einsetzen, dass sowohl die Übertragung des Tarifiergebnisses als auch die Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung zügig umgesetzt werden.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen: Ab 1. April 2026: 2,8 Prozent Erhöhung, mindestens 100 Euro; ab 1. März 2027 2,0 Prozent Erhöhung; ab 1. Februar 2028 1,0 Prozent Erhöhung; An-



wärterbezüge steigen analog zum Tarifabschluss; Dynamisierung der Zulagen aus der Erschwerniszulagenverordnung.

dbb Bildungsgewerkschaften

Schulbarometer zeigt psychische Belastung von Kindern

Die Ergebnisse der Schülerinnen- und Schülerbefragung des Deutschen Schulbarometers der Robert Bosch Stiftung liefern einen ernüchternden Befund: 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen zeigen psychische Auffälligkeiten – ein leichter, aber signifikanter Anstieg gegenüber dem Vorjahr (21 Prozent) und erstmaliger Anstieg seit der Pandemie.

Tomi Neckov, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), sagte dazu am 18. März 2026: „Die Ergebnisse sind beunruhigend. Psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen steigen an, ganz besonders bei Kindern aus einkommensschwachen Familien. Davor darf Politik nicht die Augen verschließen. Armut ist ein zentrales Hemmnis von Bildungsgerechtigkeit. Deshalb müssen gerade einkommensschwache Familien weiter finanziell entlastet und Schulen besser dafür ausgestattet werden, armutsbetroffene Kinder zu fördern.“

Wohlbefinden werde zudem durch Unterrichtsqualität unterstützt und steht in engem Zusammenhang mit der Möglichkeit von Partizipation. Während Schülerinnen und Schüler sich mehr Partizipation wünschen, hielten die Lehrkräfte in einer vergangenen Umfrage die vorhandenen Möglichkeiten größtenteils für ausreichend. Der Bundesvorsitzende erklärt: „Demokratie lernt man nicht mit dem Lehrbuch, sondern durch das Tun. Allerdings werden nicht alle Partizipationsmöglichkeiten als solche eingeführt. Es ist daher möglich, dass Lehrkräfte öfter Wahlmöglichkeiten eröffnen, als es den Schülerinnen und Schülern bewusst ist. Zudem stehen wir immer wieder vor der Situation, dass dem Personal die Zeit fehlt. Unter dem Druck voller Lehrpläne und dem gesellschaftlichen Anspruch an Schule, bleibt dann das Miteinander auf der Strecke. Das haben aber nicht die Lehrkräfte zu verantworten, sondern die Politik. Die Fachkräfte können nicht ausgleichen, was an Ressourcen fehlt.“

Die von den Lernenden wahrgenommene konstruktive Unterstützung durch ihre Lehrkräfte ist der mit Abstand stärkste positive Einflussfaktor auf das schulische Wohlbefinden – er allein erklärt über 40 Prozent der messbaren Unterschiede. Je wertschätzender und unterstützender Lehrkräfte wahrgenommen werden, desto besser geht es den jungen Menschen.

„Feedback, individuelle Hilfestellungen, emotionale Begleitung und die Schaffung eines positiven Klassenklimas sind Kernbestandteile professionellen Unterrichtens von gut aus- und fortgebildeten Lehrkräften“, so Susanne Lin-Klitzing, die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV). Die Studie gibt ihr Recht: Guter Unterricht, der Lernleistungen fördert und das Wohlbefinden stärkt, beinhaltet keinen Widerspruch, sondern beides gehört zusammen, bedarf aber aktuell und strukturell mehr Ressourcen.

Solche strukturellen Baustellen zeigt das aktuelle Schulbarometer auf. So offenbart sich eine erhebliche Versorgungslücke: Nur an etwa drei Viertel aller Schulen sind Angebote der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie vorhanden – der tatsächliche Bedarf wird von Schulleitungen auf das Doppelte geschätzt. Der DPhV fordert daher flächendeckend psychologisch geschultes Fachpersonal an jeder Schule. Lin-Klitzing: „An jede Schule gehört ein Schulpsychologe! Psychisch belastete Schülerinnen und Schüler brauchen professionelle Unterstützung und Lehrkräfte brauchen verlässliche Partner aus der Schulsozialarbeit. Damit Lehrkräfte weiterhin qualitativ hochwertigen Unterricht geben können, fordern wir erneut eine Absenkung des Stundendeputats, insbesondere für ältere Kolleginnen und Kollegen, sowie ein sofortiges Ende der in immer mehr Ländern praktizierten Streichung von Altersermäßigungen!“

Für den Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) ist ebenfalls klar: Die Politik darf dies Alarmsignale nicht länger ignorieren. „Die Zahlen sind ein schriller Weckruf. Schule ist nicht nur Lernort, sondern auch Lebensraum – und dieser Lebensraum gerät für viele junge Menschen zunehmend unter Druck“, erklärte VDR-Chef Ralf Neugschwender. Schule habe einen entscheidenden Einfluss auf das Wohlbefinden



von Schülerinnen und Schülern. Gute Beziehungen zu Lehrkräften, ein positives Klassenklima und qualitativ hochwertiger Unterricht wirken stabilisierend und stärkend.

Daraus ergibt sich aus Sicht des VDR ein klarer Handlungsauftrag an die Bildungspolitik in Bund und Ländern. „Lehrkräfte leisten täglich

Enormes, aber sie stoßen immer häufiger an ihre Grenzen“, mahnt Neugschwender. „Wer von Schulen erwartet, dass sie sowohl Bildungserfolg sichern als auch psychische Stabilität fördern, muss ihnen auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Denn Beziehungsarbeit braucht Zeit.“

Namen und Nachrichten

Für alle Entgeltgruppen der Sicherheitskräfte an Flughäfen steigt zum 1. April 2026 die Bezahlung. Eine Übersicht der neuen Stundenentgelte gibt es auf www.dbb.de. Der Entgelttarifvertrag wird ab September 2026 erneut

verhandelt. Ende September 2026 sind auch die ersten manteltariflichen Regelungen (zu Betriebszugehörigkeit und Urlaub) kündbar. Der **dbb** erwartet erneut schwierige Verhandlungen.

Termine:

26.- 27. März 2026

Einkommensrunde Hessen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

4.- 5. Mai 2026

6. Forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter www.dbb.de